



HESSISCHER LANDTAG

20. 02. 2026

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) vom 13.01.2026**Defizite der Landesregierung im Bereich der Zeil in Frankfurt?****und**

Antwort

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Medienberichten zufolge fordert die CDU Frankfurt unter anderem für die Zeil am Wochenende eine Waffenverbotszone, mehr Videoüberwachung sowie die Einrichtung einer Innenstadtwache der Stadtpolizei auf der Zeil und begründet dies mit wiederholten Delikten (unter anderem Körperverletzung, Diebstahl, Messerattacken, Raub, Drogenhandel) und verweist auf 4.500 Straftaten sowie 2.500 Festnahmen im Jahr im Zuständigkeitsbereich des 1. Polizeireviers (→ <https://www.fr.de/frankfurt/innenstadt-ort904326/cdu-die-zeil-soll-zur-waffenverbotszone-werden-94110700.html>). Zugleich wird berichtet, dass im Bereich Hauptwache/Konstablerwache bereits polizeiliche Videoüberwachung vorhanden ist und in Hessen bereits ein Waffen- und Messerverbot im ÖPNV gilt (→ <https://www.fr.de/frankfurt/innenstadt-ort904326/die-frankfurter-zeil-braucht-keine-neue-wache-der-stadtpolizei-94110695.html>).

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Erkennt die Landesregierung Defizite im Einsatzkonzept der Landespolizei für die Zeil während der von der CDU Frankfurt genannten Belastungszeiten (Abend/Nacht/Wochenende)?
- Frage 10 Welche Änderungen wird die Landesregierung an ihren Maßnahmen in 2026 für den Bereich der Zeil angesichts der Kritik der CDU Frankfurt vornehmen?

Die Fragen 1 und 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Zeil ist eine zentrale Lebens- und Einkaufsader der Stadt Frankfurt und zugleich einer der anspruchsvollsten Einsatzräume der Polizei. Insbesondere an Wochenendabenden entwickelt sich der Bereich zunehmend zu einem Kriminalitätsbrennpunkt. Ladendiebstähle, Körperverletzungen, Vermüllung, öffentliches Urinieren sowie respektloses Verhalten gegenüber Einsatzkräften tragen zu einem angespannten und teils aggressiven Klima bei und beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Dies spiegelt sich auch in der polizeilichen Statistik wider: Im Jahr 2024 wurden auf der Zeil und in den angrenzenden Straßen mehr als 5.000 Straftaten registriert. Den größten Anteil machten Ladendiebstähle mit über 1.700 Fällen aus, gefolgt von Körperverletzungen (572 Fälle) und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (153 Fälle). Rund 51 Prozent der Taten wurden zwischen Donnerstag und Samstag begangen, nahezu die Hälfte davon in der Zeit zwischen 18:00 Uhr und 07:00 Uhr. Etwa 80 Prozent der Tatverdächtigen waren männlich, überwiegend im Alter zwischen 21 und 29 Jahren. Rund 70 Prozent verfügten über keine deutsche Staatsangehörigkeit und waren nicht in Frankfurt gemeldet.

Vor diesem Hintergrund richteten das Polizeipräsidium Frankfurt gemeinsam mit dem Hessischen Polizeipräsidium Einsatz im Herbst 2025 die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Zeil“ ein. Seit dem 17. Oktober 2025 werden insbesondere an Freitag- und Samstagabenden regelmäßig sichtbare und konsequente Kontrollmaßnahmen durchgeführt. Auch interne Entwicklungen im Bereich des 1. Polizeireviers haben dazu beigetragen, den Einsatzraum Zeil neu zu strukturieren und die dort eingesetzten Kräfte zu entlasten.

Die polizeilichen Maßnahmen folgen dabei einer konsequenten Null-Toleranz-Strategie. Ordnungswidrigkeiten werden nicht als Bagatellen betrachtet, sondern als mögliche Vorstufen weiterer Eskalationen. Entsprechend werden Verkehrsverstöße, etwa die Nutzung nicht zugelassener E-Bikes in der Fußgängerzone, ebenso konsequent geahndet wie öffentliches

Urinieren, Ladendiebstähle und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. Ergänzend finden regelmäßig Jugendschutzkontrollen statt.

Die polizeilichen Einsatz- und Sicherheitskonzepte werden auch für den Bereich der Zeil fortlaufend anhand der aktuellen Lageentwicklung überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt und angepasst.

Frage 2 Hält es die Landesregierung für realistisch, dass die geforderte Wache der Stadtpolizei zu einer spürbaren Entlastung des 1. Polizeireviers Frankfurt führt, insbesondere mit Blick auf offene Stellen, Überstundenvolumen und Krankenstand der dort eingesetzten Beamtinnen und Beamten?

Frage 3 Wie würden sich nach Einschätzung der Landesregierung die polizeilich registrierten Straftaten im Bereich der Zeil in den letzten Jahren – jeweils getrennt nach Deliktsgruppen (Gewalt-/Rohheitsdelikte, Raub, Sexualdelikte, Betäubungsmittel, Diebstahl, Waffen-/Messerdelikte) und nach Tageszeiten (Werktag/wochenends, Tag/Abend/Nacht) – anders entwickeln, wenn es eine Wache der Stadtpolizei dort gäbe?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Frage zielt auf eine hypothetische Entwicklung der Kriminalitätslage unter veränderten organisatorischen Rahmenbedingungen ab. Die Landesregierung bewertet keine hypothetischen Entwicklungen.

Frage 4 Gedenkt die Landesregierung, Kompetenzen der Landespolizei an die Stadtpolizei zu übertragen?

Nein.

Frage 5 Auf welchem Wege kann die Stadt Frankfurt Kompetenzen der Landespolizei an sich übertragen?

Die Stadt Frankfurt kann keine Kompetenzen der Landespolizei an sich übertragen.

Frage 6 Wie häufig hat die Landesregierung im Bereich der Zeil um Amtshilfe der Stadtpolizei Frankfurt gebeten? Bitte nach Wochentagen (Werktag/Wochenende) und Tageszeiten (Tag/Abend/Nacht) differenzieren.

Die Unterstützung der Stadtpolizei wird seitens der Landespolizei nur in seltenen Ausnahmefällen angefragt. Statistische Erhebungen finden insoweit nicht statt.

Frage 7 Wie viele Kontrollen wurden seit Inkrafttreten der Waffen- und Messerverbote in den Verkehrsstationen Hauptwache und Konstablerwache (inklusive der Zugangsbereiche) durchgeführt?

Die Verkehrsstationen Hauptwache und Konstablerwache liegen in keiner Waffenverbotszone. Sie werden gleichwohl im Rahmen gemeinsamer Kontrollen und Aktionstage durch die Bundespolizei und die Landespolizei intensiv kontrolliert. Eine Einsatzstatistik über die Anzahl der Kontrollen wird nicht geführt.

Frage 8 Sind diese Kontrollen nach Einschätzung der Landesregierung angesichts der Kritik der CDU Frankfurt unzureichend?

Die Frage nimmt Bezug auf Bewertungen und Forderungen einer politischen Partei im laufenden Wahlkampf. Die Landesregierung nimmt zu parteipolitischen Forderungen und Bewertungen im Wahlkampf aus Gründen des verfassungsrechtlichen Neutralitätsgebots keine Stellung.

Frage 9 Welche weiteren Videoüberwachungsanlagen und Waffenverbotszonen hält die Landesregierung im Bereich der Zeil für erforderlich?

Waffenverbotszonen und Videoschutzanlagen sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Hessen. Über die Einrichtung einer Waffenverbotszone im Bereich der Zeil entscheidet der Magistrat der Stadt Frankfurt. Die hessische Polizei prüft derzeit weitere Videoschutzanlagen.

Wiesbaden, 13. Februar 2026

Prof. Dr. Roman Poseck